



# Protokollauszug

aus der  
41. öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses  
vom 25.05.2023

---

öffentlich

**Top 6 Bericht des Unterausschusses und der Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII**

UA JHP

Herr Ströber gedenkt Herrn Georg Papadopoulos und lädt, nach Rücksprache mit der Familie, die Mitglieder ein, an der Beisetzung am 23.06.2023 beizuwohnen.

Der Unterausschuss Jugendhilfeplanung tagte am Dienstag, den 16.05.2023.

Man habe zu Prüf- und Entscheidungskriterien in der Jugendförderung mit dem Qualitätsmanagement gemeinsam mit der Unterarbeitsgemeinschaft der Arbeitsgemeinschaft Jugendförderung ein Verfahren entwickelt. Der Unterausschuss befürworte den Prozessvorschlag und die Verwaltung bringe den Beschlussvorschlag im September in den Jugendhilfeausschuss ein.

Zur Fortsetzung des Landesprogrammes zur Corona-Schulsozialarbeit informiert Herr Ströber, dass diese bis jetzt befristet landesfinanziert laufe. Die Förderrichtlinie zur Verstetigung liege aktuell zur Mitzeichnung dem Ministerium für Bildung, Jugend und Sport vor. Die psychosoziale Lage der jungen Menschen sei nach wie vor brisant und es würden alle Schulsozialarbeitenden bezüglich Einzelberatungen überangefragt. Präventionsangebote durch die Schulsozialarbeitenden hätten sich bewährt, könnten daher jedoch momentan nur bedingt angeboten werden.

Die Landeshauptstadt Potsdam habe zum § 75 SGB VIII „Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe“ eine Richtlinie erlassen, auf dessen Grundlage Träger diese Anerkennung betragen können. Der Jugendhilfeausschuss habe das Prüfverfahren 2008 beschlossen. Anträge würden zunächst seitens der Verwaltung geprüft und anschließend im Unterausschuss Jugendhilfeplanung besprochen. Eine entsprechende Beantragung sei seitens Montelino e.V. erfolgt. Unter anderem sei eine Kinderschutzvereinbarung erforderlich, diese liege vor. Gesetzes- und Richtlinienvorgaben würden erfüllt, der Träger sei mit seiner Arbeit im Jugendfördersegment gut bekannt. Die Anerkennung für Montelino e.V. sei demnach erfolgt.

Der Unterausschuss empfiehlt dem Jugendhilfeausschuss in der Septembersitzung Kienbaum einzuladen, um die Ergebnisse und die Schlussfolgerungen der Verwaltung zur Organisationsuntersuchung vorgestellt zu bekommen. Ebenso wünscht man einen aktuellen Stand zur laufenden Organisationsuntersuchung. Der Unterausschuss empfiehlt zum Jahresende eine Klausur zur Thematik „Ergebnisse Kienbaum und aktuelle Organisationsuntersuchung“.

Für die Septembersitzung des Jugendhilfeausschusses wünsche man sich einen aktuellen Sachstand zur Umsetzung der Gremienstruktur.

In der gemeinsamen Sitzung des Jugendhilfeausschusses mit dem Ausschuss für Bildung und Sport könne das zentrale Thema „kinderfreundliche Kommune“ sein.

In der Septembersitzung des Unterausschusses werde man erneut das Thema „Fachkräftemangel“ in Bezug auf Handlungsempfehlungen und Kriterien zur Personalbemessung behandeln.

Man wolle im Jugendhilfeausschuss im aktuellen Jahr erneut die Arbeit der Jugendberufsagentur, jedoch kritischer, betrachten. Dazu sollen alle drei Träger, das heißt die Agentur für Arbeit, das Jobcenter sowie der Fachbereich Bildung, Jugend und Sport, Aussagen treffen. In der Septembersitzung des Unterausschusses werden man demnach erneut das Thema „JBA-Vorstellung II im JHA“ behandeln.

Abschließend habe man besprochen, wie Arbeitsgemeinschaften Themen für die Tagesordnung des Jugendhilfeausschusses anmelden könnten. Dies sei über die Verwaltung und über den Ausschussvorsitzenden möglich. Ebenfalls könne man Themen über das Rederecht der Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII einbringen.

#### AG Kita

Die Arbeitsgemeinschaft hat nicht getagt.

#### AG HzE

Herr Küken merkt an, dass die gelegentliche Veränderung der Reihenfolge der Behandlung der Tagesordnungspunkte in der Ausschusssitzung aus seiner Sicht zu Verwirrung führe. Es sei wichtig, dass Entscheidungsträger der Verwaltung auch bei den Berichten der Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII zugegen wären. Wenn diese Berichte erst zum Ende der Sitzung erfolgen, fühlen sich die Arbeitsgemeinschaften mit der Zeit nicht ernst- bzw. wahrgenommen.

Bezüglich des Tagesordnungspunktes Personalbedarfsanalyse habe sich aus Sicht der Träger der Hilfen zur Erziehung die problematische personelle Situation im ASD bereits vor Covid 19 abgezeichnet und im Verlauf der Pandemie verdichtet.

Das Anliegen der Verwaltung mehr dual Studierende einzustellen, um den Fachkräftemangel entgegen zu wirken, sei gut nachvollziehbar. Auch Hilfen zur Erziehungs-Träger kooperieren aus dem genannten Grunde mit Hochschulen. Allerdings würden zurzeit die entstehenden Kosten nicht refinanziert. Hier sei es wichtig, gute und flexible Finanzierungsmodelle zu vereinbaren.

Die Arbeitsgemeinschaft habe am 02.05.2023 getagt.

Zur weiteren Vernetzung und um im Bedarfsfall Kinder, Jugendliche und Familien schnell vermitteln zu können, seien folgende Angebote vorgestellt worden:

- Gesundheitsamt und dessen Arbeitsfelder durch Frau Magnussen als Psychiatriekoordinatorin der Landeshauptstadt
- NOW! Lotsen- und Beratungsstelle für psychische Gesundheit in Potsdam durch Herrn Seidemann - frühes, niedrigschwelliges Netzwerkangebot mit den Zielgruppen Familien, Kinder, Jugendliche, Bezugspersonen und Fachkräfte. Hierbei sind auch aufsuchende Angebote möglich. Beratung und Hilfestellungen zum Thema psychische Erkrankung und Familie.

- Chill out e.V. Fachstelle für seelische Gesundheit für Kinder- und Jugendliche durch Frau Tietz und Kollegen - Workshops zum Thema Medienkonsum, Stress allgemein, Stress in Prüfungssituationen und bei Bedarf Krisenintervention und Unterstützung, Methoden für die Schulsozialarbeit

Ein weiteres Thema sei der offene Brief zum Thema „mangelnde Grundversorgung von Kindern und Jugendlichen“ an den Oberbürgermeister gewesen. Hier habe es einen Termin am 12.04.2023 mit Herrn Pfeiffer gegeben. Ein zweites geplantes Treffen Ende April habe leider nicht stattgefunden. Frau Peters wolle eine Rückmeldung von Frau Meyer einholen, welche noch ausstehe.

In der Arbeitsgemeinschaft sei weiterhin über Systemsprenger berichtet worden. Hier würden die Anfragen steigen. Es fänden große Fachrunden statt und trotz bundesweiter Suche werden teilweise nur schwer Plätze gefunden.

Im stationären Bereich sei eine Erhöhung der Tagessätze 2,55 Euro ab dem 01.06.2023 vereinbart worden. Es gebe aber grundsätzlichen Bedarf, die vorhandenen Kennzahlen anzupassen und zu verhandeln.

Im ambulanten Bereich haben die Träger die vorhandenen Verträge zum 30.06.2023 gekündigt, um mit der Verwaltung neue tariflich angepasste LQEV's zu vereinbaren. Diese würden bis zum 31.12.2023 gelten. Grundsätzlich habe die Verwaltung den Wunsch zum 01.01.2024 eine Rahmenvereinbarung mit den ambulanten HzE-Trägern zu erarbeiten und abzuschließen. Ein erster Termin der Träger dazu habe im Mai stattgefunden, ein weiterer sei für den 12.06.2023 geplant und am 06.07.2023 würden erste Gespräche mit Verwaltung und Jugendamt stattfinden.

#### AG JuFö

Die Arbeitsgemeinschaft hat nicht getagt.

Frau Tietz bittet darum, folgende Themen in der Junisitzung des Jugendhilfeausschusses zu behandeln: Wie geht es mit der offenen Stelle der Jugendarbeit in Babelsberg weiter; aktueller Sachstand PLUS-Projekte.